



Gelsenkirchen

Der Oberbürgermeister

Stadt Gelsenkirchen 45875 Gelsenkirchen

Fachbereich/Referat
Referat 69 - Verkehr

An
die an der Kommunalwahl und Bundes-
tagswahl 2009 teilnehmenden Parteien

Verwaltungsgebäude
Rathaus Buer

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

**Wahlsichtwerbung in Gelsenkirchen anlässlich der Kommunal-
wahl 2009 am 30.08.2009 und der Bundestagswahl am 27.09.2009**

Datum
18.06.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mein Zeichen
69/2-2

zur Vorbereitung der in diesem Jahr anstehenden Kommunalwahl und
Bundestagswahl möchte ich Sie heute über die Kriterien der Wahl-
sichtwerbung und die einzuhaltenden Regeln informieren.

Ansprechpartner/in
Herr Sakowski

Die Stadt Gelsenkirchen stellt wieder in angemessenem Umfang
Plakatplätze für eine öffentliche Darstellung zur Verfügung.
Sofern es sich um die Inanspruchnahme des öffentlichen Verkehrs-
raumes handelt, ist hierfür grundsätzlich eine **Sondernutzungser-
laubnis** erforderlich.

Zimmer Nr.
114

Telefon
169-4455

Telefax
169-4819

e-mail
michael.sakowski
@gelsenkirchen.de

Wie bei den vorangegangenen Wahlen wird den Parteien jeweils ein
nach dem Grundsatz der "abgestuften Chancengleichheit" ermitteltes
Kontingent an Plätzen für Kleinplakate der Größe DIN A 1 (auch doppel-
seitig) zugeteilt.

Eine teilweise Ausschöpfung des jeweiligen Kontingentes zum Aufstellen
von Dreieckständern (DIN A 0) ist möglich (s.u.).

Ferner erhalten Sie die Möglichkeit, Großflächenplakate im öffentlichen
Verkehrsraum aufzustellen bzw. aufstellen zu lassen.

Die Plätze werden mit der Sondernutzungserlaubnis gebührenfrei verge-
ben. Die Kosten für die Anbringung, ggf. Miete für Plakatträger/- Vorrich-
tungen bzw. deren Entfernung gehen zu Ihren Lasten.

www.gelsenkirchen.de

Voraussetzung für das Erteilen einer Plakatierungserlaubnis ist die
Zulassung Ihrer Partei zur jeweiligen Wahl.

Unter dieser Voraussetzung wird die entsprechende Wahlsichtwerbung
für die **Kommunalwahl ab dem 17.07.2009** (6 Wochen + 3 Tage vor der
Wahl), für die **Bundestagswahl ab dem 31.08.2009** (vier Wochen vor
der Wahl) zugelassen.

Konto der Stadtkasse:
Sparkasse
Gelsenkirchen
Kto. 101 000 774
BLZ 420 500 01

Umfang und Verteilung der Wahlsichtwerbung

Allgemeines

Der im Einzelfall für die Selbstdarstellung der jeweiligen Partei zu ermittelnde angemessene Umfang der Wahlsichtwerbung bestimmt sich nach dem Grundsatz der abgestuften Chancengleichheit, wie er in § 5 Abs. 1 Parteiengesetz Ausdruck gefunden hat:

“Wenn ein Träger öffentlicher Gewalt den Parteien Einrichtungen zur Verfügung stellt oder andere öffentliche Leistungen gewährt, sollen alle Parteien gleich behandelt werden. Der Umfang der Gewährung kann nach der Bedeutung der Parteien bis zu dem für die Erreichung ihres Zweckes erforderlichen Mindestmaß abgestuft werden. Die Bedeutung der Parteien bemisst sich insbesondere auch nach den Ergebnissen vorausgegangener Wahlen zu Volksvertretungen. Für eine Partei, die im Bundestag in Fraktionsstärke vertreten ist, muss der Umfang der Gewährung mindestens halb so groß wie für jede andere Partei sein.”

Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist es geboten, jeder Partei, die Plakatplätze beansprucht, mindestens 5% der bereitgestellten Plätze zur Verfügung zu stellen.

Erst dann sind die restlichen Plätze auf die Parteien entsprechend der Bedeutung zu verteilen.

Plätze für Kleinplakate (DIN A 1)

Bei der Festlegung des jeweiligen Kleinplakatkontingentes werden folgende Kriterien beachtet:

- a) Das Mindestmaß für eine kleine Partei beträgt 1 Wahlplakat je Stimmbezirk.
- b) Dieses eine Plakat muss 5 % der Gesamtplakate für einen Stimmbezirk entsprechen (Sockelanspruch). Anders ausgedrückt, jede Partei erhält mindestens 5 % der insgesamt bereitzustellenden Plakatplätze.
- c) Eine große Partei darf nicht mehr als das 5-fache einer kleinen erhalten.
- d) Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 4 Parteiengesetz beträgt der Anteil der im Bundestag in Fraktionsstärke vertretenen anderen Parteien mindestens die Hälfte der großen Parteien.

Um dem Prinzip der “abgestuften Chancengleichheit” zu entsprechen, werden **max.** 60 % der Plakate durch den Sockelanspruch aller Parteien abgedeckt.

Bei Wahlen mit einer Teilnahme bis zu 12 Parteien beträgt der Sockelanspruch 5 %. Nehmen bis zu 15 Parteien teil, wird der Sockelanspruch auf 4 %, bei Wahlen mit einer Teilnahme ab 16 Parteien auf 3 %, bzw. ab 21 Parteien auf 2 % reduziert.

Die restlichen Plakate werden nach dem Prinzip der “abgestuften Chancengleichheit” an die großen sowie an die in Fraktionsstärke im Bundestag vertretenen Parteien nach dem Verhältnis 2:1 zu verteilt.

Als Anlage habe ich jeweils eine Beispielberechnung für die Kommunal- bzw. Bundestagswahl 2009 (11 bzw. 20 zugelassene Parteien) beigefügt.

Die Deutsche Städte-Medien GmbH (DSM) stellt wieder kostenlos insgesamt 80 Plakat- tafeln auf öffentlichen Verkehrsflächen im Stadtgebiet Gelsenkirchen für Wahlwerbung zur Verfügung, die ebenfalls nach dem Grundsatz der “abgestuften Chancengleichheit” von der DSM verteilt werden. (Ansprechpartner: Herr Hacke, Tel. 0234-95013-12; 0172-6674466 oder rhacke@stroeer.de).

Die Gesamtanzahl der genehmigten Plakate wird nach der jeweiligen Anzahl der Stimmbezirke auf die Stadtbezirke aufgeteilt.

Den Parteien wird mit der Genehmigung u.a. zur Auflage gemacht in einem Straßenzug max. jede 3. Anbringungsmöglichkeit zu nutzen, um die erdrückende Plakatwerbung einer Partei zu vermeiden.

Außerdem ist die Sicht auf Lichtzeichenanlagen und Verkehrszeichen freizuhalten. Eine Verwechslung mit Verkehrszeichen darf ebenfalls nicht möglich sein.

Dreieckständer

Von den **großen Parteien** dürfen **max. 100**, von den im Bundestag **in Fraktionsstärke** vertretenden Parteien **max. 50** und von den **kleinen Parteien max. 20** Dreieckständer eingesetzt werden.

Pro eingesetztem Dreieckständer verringert sich die Anzahl der der jeweiligen Partei zugewiesenen Plakatstellen um 5 Plakatstellen.

Plätze für Großplakate

Die Stadt Gelsenkirchen hat für die Standorte von Großflächenplakaten eine Positivliste erstellt. Unfallhäufungsstellen und Autobahnzubringer (Bereich ab den Vorwegweisern – Z. 440 StVO) müssen frei bleiben. Über die in der Liste aufgeführten Stellen und Straßenzüge hinaus werden keine Plätze für Großplakate genehmigt.

Auf Wunsch teile ich Ihnen gerne mit, wo das Aufstellen von Großflächenplakaten möglich ist.

Um eine Überfrachtung des Stadtgebietes mit Wahlwerbung zu vermeiden, wird die Wahlsichtwerbung durch Großflächenplakate auch nach dem Grundsatz der "abgestuften Chancengleichheit" wie folgt begrenzt:

Die großen Parteien erhalten jeweils maximal 60 Plätze. Die z. Z. im Bundestag in Fraktionsstärke vertretenen Parteien Bündnis 90/Die Grünen, FDP sowie die LINKE erhalten jeweils maximal 30 Plätze und die kleinen Parteien jeweils maximal 12 Plätze.

Stehen in einer Straße oder an einer Stelle weniger Plätze als insgesamt beantragt zur Verfügung, erfolgt eine Vergabe nach Antragsrang.

Widerrechtliches Plakatieren

Bei zurückliegenden Wahlen ist es leider vorgekommen, dass Wahlplakate an Hauswänden u.ä., widerrechtlich, d.h. ohne Zustimmung des jeweiligen Eigentümers angebracht wurden.

Sowohl um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gewährleisten, als auch um die Chancengleichheit der Parteien, die sich in den einzelnen Wahlkreisen um die Stimmen der Gelsenkirchener Bürgerinnen und Bürger bewerben, zu wahren, bitte ich schon jetzt um Ihr Verständnis, dass ich gegen jedes Plakatieren ohne Erlaubnis, einschreiten werde. Die Kosten zur Beseitigung des "wildes Plakatierens" sind vom Verursacher zu tragen.

Sollte festgestellt werden, dass Plakate Ihrer Partei im öffentlichen Verkehrsraum widerrechtlich angebracht werden, werde ich diese auch auf die Ihnen zustehende Anzahl von Plakatflächen anrechnen und in Abzug bringen. Diese Verfahrenspraxis ist vom Oberverwaltungsgericht in Münster ausdrücklich bestätigt worden.

Ich gehe jedoch davon aus, dass solche Maßnahmen nicht erforderlich werden und bitte Sie in diesem Sinne um Ihre Mithilfe.

Wenn Sie plakatieren möchten, bitte ich eine Sondernutzungserlaubnis zu beantragen.

Bezüglich der Kleinplakate möchte ich Sie bitten, in Ihrem Antrag die Straßen, aufgeteilt auf die einzelnen Stadtbezirke, mit der jeweiligen Plakatanzahl mitzuteilen.

Benennen Sie bitte auch eine Person (möglichst mit Telefonnummer, e-mail-Adresse), die für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlplakatierung verantwortlich sein wird.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage

Sakowski

Beispielberechnung Kommunalwahl:

- (Abweichung durch Rundungsdifferenzen)

Stadtbezirk	Anzahl der Stimmbezirke	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Linke	Kleine
Mitte	57	204	204	130	130	130	57
Nord	39	139	139	89	89	89	39
West	23	82	82	53	53	53	23
Ost	30	107	107	68	68	68	30
Süd	24	86	86	55	55	55	24
insgesamt	173	618	618	395	395	395	173

Beispielberechnung Bundestagswahl

- Aufgeschlüsselt nach Stimmbezirken in den Stadtbezirken ergibt sich folgende Verteilung:**

Stadtbezirk	Anzahl der Stimmbezirke	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Linke	Kleine
Mitte	57	274	274	165	165	165	57
Nord	39	188	188	113	113	113	39
West	23	111	111	67	67	67	23
Ost	30	144	144	87	87	87	30
Süd	24	116	116	70	70	70	24
insgesamt	173	833	833	502	502	502	173